

# Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.  
Bezugspreis: Vierteljährlich 1,80 Mark, halbjährlich 3,50 Mark, jährlich 6,50 Mark. Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstiger außergewöhnlicher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Postämter od. d. Fernschreibungsanstalten) hat der Abnehmer keinen Anspruch auf Umlieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die kleinstmögliche Zeile oder deren Raum wird mit 25 Pfg. auf der ersten Seite mit 50 Pfg. berechnet.  
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle erbeten.  
Jeder Anspruch auf Nachzahlung, wenn der Anzeigenschein durch Abgang eingezogen worden ist oder wenn der Auftraggeber in Abwesenheit ist, ist ausgeschlossen.

Postfach-Anschluss: Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Hermann Kühle, Groß-Okrilla

Nummer 103

Mittwoch, den 3. September 1919

18. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Petroleum für Landwirtschaft.

Petroleumkarten für September sind seitens der Zentralverwaltung für Landwirtschaftliche Betriebe Mittwoch, den 3. d. M., von 8-12 Uhr im Gemeindeamt (Meldeamt) abzuholen. Das Leuchtöl kann sofort im Geschäft von Rudolf entnommen werden.

Ottendorf-Morisdorf, am 2. September 1919.

Der Gemeindevorstand.

### Neuestes vom Tage.

Obwohl der deutsche Friedensdelegation noch keine offizielle Mitteilung gemacht worden ist, dürfte der Beginn der Kriegesgefangenenrücktransporte unabhängig von der Ausrückung des Friedens unmittelbar bevorstehen.

Aus London wird gemeldet: Reuter erfährt, daß die britische Regierung befohlen habe, die deutschen Kriegsgefangenen, die sich in Frankreich in den Händen der Engländer befinden, sofort heimzuschicken.

Der erste Transport von 1000 deutschen Kriegsgefangenen hat Frankreich verlassen. Das ist die höchste Anzahl für die deutsche Regierung Vorbereitungen zu treffen vermochte. Der Verband ist in der Loane, täglich 1000 Mann abzugeben und kann die Transporte bis zu 10000 Mann steigern, falls die deutschen Behörden die nötigen Eisenbahnwagen zur Verfügung zu stellen vermögen. Die Heimführung der Kriegsgefangenen aus England hängt vom Seetransport ab, den Deutschland nach dem Friedensvertrag zu stellen gezwungen ist. Sobald Deutschland genügend Schiffe zur Verfügung stellt, kann der Abtransport beginnen.

Wie der Mannheimer Generalanzeiger meldet, ist es Tatsache, daß die französische Besatzungsbehörde in der Pfalz angefangen hat, die Unterdrückung der Bewegung zur Proklamierung einer Republik Pfalz fallen zu lassen. Die französische Behörde ist infolge der gewaltigen Volksbewegung in der Pfalz bemüht, die Zusammenstöße in den Arbeitsstätten als einen höchst unangenehmen Zufall hinzuzufügen, der aus Mißverständnissen entstanden sei.

Die französische Behörde hat den pfälzischen Beamten streng verboten, irrendwellige Mitteilungen über die Ludwigshafener Vorgänge zu veröffentlichen. Bei Verhandlung wird mit Gefängnisstrafe gedroht. In Speyer, Lautern, Zweibrücken, Speyer und in Birkenfeld ist die Arbeiterkassette entschlossen, in einen Sympathieartikel mit den Ludwigshafener Genossen einzutreten, falls die Forderungen von den Franzosen unberücksichtigt bleiben werden.

Wie die D. J. a. M. aus Genj meldet, hat der russische Kommissar für Kasch-Volhynien angeordnet, daß die deutschen Arbeiter, die bis zum 15. September keine Stellung gefunden haben, mit ihren Familien ausgewiesen werden.

Seit Jahr und Tag beschäftigt das Problem, die Überwindung des Bolschewismus durch äußere Gewalt, die politische Öffentlichkeit Europas. Kein Monat vergeht, der ohne einen Ententebeschluß zeitigt, den Vorschlag gegen Bolschewien, die aus Sibirien, von der Ukraine her, von Ostland, Aurland, Finnland und Schangetland gegen Bolschewien angelegt wurden. Keiner von ihnen hatte den gewünschten Erfolg gezeigt. Nun will die Ententeberichtigte Welt glauben machen, der einheitliche konzentrierte Vorkriegs-Plan gegen Petersburg und Moskau habe begonnen. An der Aktion nehmen in Verbindung mit den gegenrevolutionären russischen Truppen 25000 alliierte Truppen teil. Diese Meldung wird durch die Mitteilung, daß nur 35500 Mann alliierte Truppen an der Expedition teilnehmen. Die Entente läßt wieder andere für sich die Kasaniten aus dem Kaukasus holen, die 35500 Mann, die sie dem Unternehmen zuordnet hat, werden gerade genügen, um den Schiffsverkehr, die Wehrstrassen usw. durch brutale militärische Maßnahmen hinter der Kampffront einen Begriff davon zu geben, welche Verpflichtungen die durch Deutschland vom

russischen Joch befreiten Völker gegen den Entente-Kapitalismus haben. Entscheidend für die Glaubwürdigkeit der vorstehenden Meldung erscheint uns eher die Tatsache der Mobilisierung in Russland. Die russische Räteregierung hat die Mobilisierung sämtlicher ehemaligen Offiziere und Beamten der Jahrgänge 1899 bis 1901 anbefohlen. Die Räteregierung requiriert aus Kupfermangel sämtliche elektrischen Telefondrähte zur Munitionsherstellung. Ueber die bisherigen Kämpfe liegen nur widerspruchsvolle Meldungen vor. Es scheint, daß die Sowjetarmee die drohende Offensive der von den „Weißen“ gemachten Gegenrevolution — soweit sie dazu imstande war — offensiv beantwortet. Bei der bekannten Unzuverlässigkeit der Nachrichtenvermittlung aus dem Osten ergibt sich das bekannte Bild vollendeter Unklarheit. Der Fall von Pleskau ist das erste Anzeichen der beginnenden Kämpfe der bolschewistischen Entlassungsoffensive zum Schutze Petersburgs. Die Bolschewisten haben an dieser Front über 40000 Mann verammelt. Die Truppen der Nordwestarmee mußten bei der Räumung Pleskaus ihre Vorräte im Stich lassen, da die Bolschewisten die Bahnverbindung nach Estland abgeschnitten hatten.

### Vertisches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 2. September 1919.

Von den für die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt auf die Zeit vom 3. bis 30. August 1919 ausgegebenen Nährmittelkarten werden beliefert: Abschnitt 18 der gelben Karte A mit 250 gr Grieß und 150 gr Puddingpulver, Abschnitt 18 der roten Karte B mit 250 gr Kartoffelgrau und 150 gr Puddingpulver, Abschnitt 18 der grünen Karte C mit 125 gr Teigwaren, Abschnitt 18 der blauen Karte D mit 250 gr Grieß. Die Anmeldung für diese Belieferung ist seitens der Verbraucher spätestens bis zum 3. September 1919 in einem Kleinhandelsgeschäft zu erfolgen.

Die jetzige Bilzzett gibt erneut Anlaß, auf dieses billige Vollnahrungsmittel, das gerade bei dem bestehenden Lebensmittelmangel von größter Bedeutung ist, aufmerksam zu machen. Dabei wird zugleich von neuem auf die ersten Gefahren hingewiesen, die für untunliche Bilzzücher bestehen. In den vergangenen Jahren ist eine ständige Zunahme von Bilzvergiftungen beobachtet worden, weil immer mehr in der Bilzzünde unerfahrene Personen sich mit dem Sammeln von Bilzen befaßt haben. Gegenüber den hieraus entstehenden schweren Gefahren wird auf die im Verlag von Julius Springer in Berlin W. erschienen, im Reichsgesundheitsamt bearbeiteten Bilzmerkblätter hingewiesen, die in leicht faßlicher Weise an der Hand farbiger Abbildungen über alle wesentlichen esbaren und giftigen Bilze Aufschluß geben. Bei dem billigen Preis dieser Blätter sollte kein Bilzzücher verfahren, sich ein solches Merkblatt anzuschaffen.

Aufhebung der Bezugspflicht für Schuhe. Nachdem die Nationalversammlung sich für die Abschaffung der Zwangswirtschaft von Häuten, Leder und Lederwaren ausgeprochen hat, ist die Aufhebung der Bezugspflicht für Schuhwaren in den nächsten Tagen zu erwarten. — Es sind Maßnahmen in Aussicht genommen, den Schuhbedarf der Kinderbevölkerung zu angemessenen Preisen sicherzustellen.

Die Reichsbank wiederholt nochmals ihre Bekanntmachung betreffend den Austausch ihrer 50-Mark-Noten mit dem Datum vom 20. Oktober 1918, die Befitzer werden aufgefordert, diese Noten bis zum 10. September 1919 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Mit dem 10. September verliert die ausgetauschte Note ihre Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel, was zur Folge hat, daß nach diesem Tage niemand mehr verpflichtet ist, die 50-Mark-Noten vom 20. Oktober 1918 anzunehmen. Es empfiehlt sich deshalb, schleunigst alle 50-Mark-Noten dieser Ausgabe bei einer Reichsbankanstalt, öffentlichen Kasse, Bank, Sparkasse oder einem Geldinstitut in Zahlung zu geben oder umzutauschen. Versäumt man den Termin vom 10. September 1919, so kann man die Noten nur noch bei der Reichsbankhauptstelle in Berlin eintauschen, die eine Einlösung aber auch nur bis zum 10. Sept. 1920 vornimmt. Mit letzterem Zeitpunkt erlischt für die Reichsbank die Einlösungspflicht überhaupt.

Seeligstadt. In der Nacht zum Mittwoch wurde hier beim Mühlendamm Herr Erwin Eißold eingebrochen

und aus dem Stallgebäude 1 Schöppe und 6 Gänse gestohlen. Alle Tiere sind an Ort und Stelle abgetötet worden. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Bischofswerda. Am Sonnabend morgens gegen 2 Uhr gewahrte der Posten der Trainkaserne Leute, die über den Zaun kletterten, um in die Kaserne zu gelangen, und gab auf diese Schiffe ab. Diese erwiderten das Feuer. Es wurde das Gelände daraufhin mit Leuchtraketen abgeleuchtet. Dabei wurde aus einer Kognumpuppe auf eine Patrouille gefeuert. Feststellungen konnten nicht gemacht werden. Gegen 3 Uhr morgens war die Ruhe wieder hergestellt. In derselben Nacht war die Kammer der Grenzer-Regimentalmitte nachschlüssel geöffnet worden, wobei eine Anzahl Gegenstände entwendet wurden. Bei diesem Putz hatte man es in erster Linie auf Waffen und Munition abgesehen. Die Spur der Täter führt nach Dresden.

Baunzen. Die Hausmannschesfrau Marie Theresie Kleinert, die unter dem Verdacht, einen Brand in der Albertstraße angelegt zu haben, in Untersuchungshaft genommen worden war, hat sich die Pulsadern durchschnitten und ist dem Stadttrankenhause zugeführt worden. Dem Brande war ein Dienstmädchen zum Opfer gefallen.

Dresden. Zur Besserung der auch in Dresden ungenügenden Telefonverhältnisse wird in der Südvorstadt im Gelände des Bergkellers ein neues vollautomatisches Telefonamt neu errichtet. Mit dem Bau des Gebäudes ist bereits begonnen worden. Die bestehenden Fernsprecheinrichtungen sind seit geraumer Zeit so überlastet, daß in den Stunden von 9 bis 1 Uhr immer die Hälfte der Teilnehmer vom Betrieb ausgeschaltet werden muß und darum nur angerufen werden, nicht aber selbst Gespräche einleiten kann.

Wie bereits mitgeteilt, sollen die Industriegemeinden des Blauen Grundes, Deuben, Döhlen und Pöschappel, zu einer Stadt mit Revidierter Städteordnung zusammengeschlossen werden. Nun ist ein ziemlich heftiger Meinungs-austausch entstanden über den Namen des neuen Gemeinwesens. Die einen wollen an die Ortsnamen der bisherigen Vorgemeinden anknüpfen, andere wollen sie nach dem Bindeberge benennen der den Blauen Grund beherrscht. Dr. Amfelle schlägt nunmehr vor, ihr nach dem Flusse, an dem die Stadt liegt, den Namen „Weißeritz“ zu geben. Sollte sich denn nicht ein geeigneter deutscher Name finden lassen?

Pirna. In der letzten Sitzung des Stadtrates wurde beschlossen, die Junggefellentener einzuführen. Die Stadtverordneten werden sich demnächst mit dieser Frage zu befassen haben.

Mittweida. Die Reichswehrtruppen, welche am 29. August hier eingerückt sind, wurden im Laufe des 1. September aus der Stadt zurückgezogen, nachdem die Haupttrüffelstrücker an der Entwaffnung der Quartiermacher vom 9. August der Bestrafung zugeführt wurden und die Waffenabgabe ein genügendes Resultat ergeben hat. Während der Beziehung ist es zu keinerlei Zwischenfällen gekommen.

Seyer. Emaillewaren für England sind jetzt zum ersten Male wieder ausgeführt worden. Vor einigen Tagen wurden auf dem hiesigen Güterbahnhofe zwei Eisenbahnwagen mit Emaillewaren nach England abgefertigt.

Gemüß. In der Nacht vom 30. zum 31. August wurde von etwa sechs Personen dreimal vergeblich versucht, in das Gefängnis auf dem Käßberge einzudringen. Sie wurden unter Gebrauch der Waffen abgewiesen. Eine Person ist namentlich festgesetzt worden. Die weiteren Untersuchungen sind im Gange.

Meerane. In einer von der sozialdemokratischen Partei einberufenen großen öffentlichen Volksversammlung verbreitete sich der sozialdemokratische Stadtrat Schleicher über die herrschende Kohlennot, welche dazu führen werde, daß nur noch die großen Betriebe beliefert, die kleinen aber stillgelegt werden. Den Bergungsjulen dürfte in diesem Winter weder Licht noch Heizung gewährt werden. Die Hauptfrage müsse der Erwärmung und Beleuchtung der kleinen Haushaltungen gelten.

### Mitteilungen des Lebensmittelamtes.

In den bekannten Verkaufsstellen werden Kartoffeln abgegeben. 1 Pfund kostet 16 Pfg.